

# WESTERN SAHARA – REFERENDUM NOW!

INTERNATIONAL MEETING OF EXPERTS – PROMOTING THE POLITICAL PROCESS

12.-13.12.2014 IN BERLIN

## - Aktionsplan -

Vom 12. bis 13. Dezember 2014 fand in Berlin die internationale Fachtagung „Western Sahara - Referendum now! - International Meeting of Experts - Promoting the Political Process“

statt, an der 76 Vertreter\*innen zivilgesellschaftlicher Organisationen und Einzelpersonen aus Algerien, Deutschland, Großbritannien, Norwegen, Österreich, Polen, Schweden, der Schweiz und Spanien teilnahmen. Zum Gelingen der Veranstaltung trugen insbesondere auch die Referent\*innen bei: neben der bekanntesten saharaischen Menschenrechtsaktivistin Aminatou Haidar und Santiago A. Canton, dem Direktor des Partnerschaftsprogramms für Menschenrechte des Robert F. Kennedy Centers, waren dies u.a. Mohamed Sidati (Vertreter der Polisario in Europa), Norbert Neuser (Sprecher der Intergroup Western Sahara im EU-Parlament) sowie Beiträge von Christian Weber (Präsident der Bremischen Bürgerschaft) und Kerstin Tack (Mitglied des Bundestags, SPD).

Anlass für diese Veranstaltung waren der bevorstehende 130. Jahrestag der sog. Kongokonferenz am 26. Februar und der 40. Jahrestag des Madrider Abkommens am 14. November 2015.

Der Westsaharakonflikt basiert auf diesen beiden einschneidenden den Kolonialismus begründenden Verträgen: In ihrer Folge ist die Westsahara die letzte Kolonie Afrikas, die auch 25 Jahre nach der Befreiung / Unabhängigkeit Südafrikas und Namibias noch völkerrechtswidrig besetzt wird. Dies betont auch der namibische Botschafter S.E. Neville Gertze in einer schriftlichen Grußadresse an die Konferenz.

Mit Bezug auf den 40. Jahrestag des Madrider Abkommens wurde das Jahr 2015 von der „European Conference for support and Solidarity with the Saharawi People“ (EUCOCO) als „internationales Jahr der Solidarität mit dem saharaischen Volk“ ausgerufen, was durch die Fachtagung in Berlin unterstützt werden soll.

Die Teilnehmer\*innen diskutierten mit Referent\*innen sowie in Arbeitsgruppen über aktuelle internationale Konfliktfelder der Westsaharfrage. Als zentrale politische Forderungen wurden dabei festgehalten:

- Die Menschenrechtsverletzungen in der Westsahara international zu ächten. Hierzu bedarf es eines internationalen Menschenrechtsmonitorings, das zu einem Bestandteil des Auftrags der UN-Mission in der Westsahara (MINURSO) werden muss.
- Die völkerrechtswidrige Ausbeutung von Ressourcen umgehend zu beenden und entsprechende Handelsabkommen aufzukündigen. Die (begonnene) Ausbeutung von Ölvorkommen vor der Küste der Westsahara durch Kosmos und Cairn Energy muss gestoppt werden.
- Das illegale „Madrider Abkommen“, in dem Spanien vor 40 Jahren seine Kolonie an die Nachbarländer „verkaufte“, ist als Basis internationaler Verträge auszuschließen. Die Besetzung der Westsahara durch Marokko ist völkerrechtswidrig. Die UNO muss den Dekolonialisierungsprozess für die letzte Kolonie Afrikas mittels des versprochenen Referendums endlich durchführen.

# WESTERN SAHARA – REFERENDUM **NOW!**

INTERNATIONAL MEETING OF EXPERTS – PROMOTING THE POLITICAL PROCESS

12.-13.12.2014 IN BERLIN

**Abschließend verabschiedeten die Teilnehmer\*innen einen Aktionsplan, der ihnen als Handlungsrahmen für das Jahr 2015 dienen soll und den sie in ihre Netzwerke einbringen werden.**

Die Teilnehmer\*innen erwarten, dass den o.g. zentralen Forderungen zur Erreichung des Referendums auf allen politischen Ebenen nachgegangen wird.

Von der EU und den nationalen Regierungen wird ausdrücklich gefordert, ihre Position der „Neutralität“ aufzugeben und sich aktiv für eine Lösung des Konflikts im Sinne des Völkerrechts einzusetzen. Die Mitgliedschaft Spaniens im UN-Sicherheitsrat ab Januar 2015 und die Leitung des UN-Menschenrechtsrats im Jahr 2015 durch Deutschland, sollten die Handlungsspielräume in diesem Sinne erweitern.

Die Teilnehmer\*innen begrüßen die Entscheidung des Europäischen Parlaments zur Fortsetzung der „Intergroup Westsahara“. Sie erwarten, dass die Intergroup sich in dieser Legislaturperiode aktiv mit der EU-Politik zur Westsahara auseinandersetzt und hierzu einen aktiven Austausch mit den nationalen Parlamenten und dem Panafrikanischen Parlament (PAP) sowie der UNO und Nichtregierungsorganisationen organisiert. Als geeigneter Rahmen wird ein Hearing zur Westsahara-Politik der EU vorgeschlagen.

Die Konferenz fordert auch die Mitglieder nationaler Parlamente und Ausschüsse auf, mit öffentlichen Anhörungen und Parlamentsbeschlüssen von den nationalen Regierungen einzufordern, eine völkerrechtliche Lösung des Westsaharakonfliktes aktiv zu unterstützen.

Mit großem Interesse wurde verfolgt, dass 2014 eine Reise britischer Parlamentarier in die besetzten Gebiete stattfand, die die Menschenrechtsverletzungen thematisierte. Außerdem gelang es in Dänemark, einen Parlamentsbeschluss zur Unterstützung des Referendums herbeizuführen. Das schwedische Parlament unterstützt die Anerkennung der DARS. Diese Erfolge sollten auch für andere Länder beispielgebend sein.

Die Teilnehmer\*innen hoffen auf die Weiterführung und den Ausbau humanitärer Hilfen für die Saharais, die viele regionale und kommunale Ebenen in verschiedenen europäischen Ländern bereits über Jahrzehnte leisten.

An Nichtregierungsorganisationen appellieren die Teilnehmer\*innen der Fachtagung, in enger Zusammenarbeit mit Parlamentarier\*innen den politischen Druck auf die Entscheidungsträger\*innen in der EU und in den Mitgliedsstaaten zu erhöhen.

**Die Teilnehmer\*innen der Fachtagung wollen weiterhin zu den aktuellen Konfliktfeldern aktiv sein und diese Aktivitäten besser miteinander vernetzen. Konkret wurden folgende Aktionsschwerpunkte angeregt:**

1. Eine Medienkampagne gegen die Öl-Förderung von Kosmos and Cairn Energy, um diese und weitere Unternehmen von ihren Förderplänen abzubringen.
2. Die frühzeitige Mobilisierung und Weiterführung von Kampagnen zur Implementierung des Menschenrechtsmonitorings im zukünftigen Mandat der MINURSO, über das im April 2015 entschieden wird.
3. Die Entwicklung und Umsetzung einer Kampagne, um Produkte aus der besetzten Westsahara kenntlich zu machen und ggf. einen Verbraucherboykott dieser Produkte zu ermöglichen.

# WESTERN SAHARA – REFERENDUM NOW!

INTERNATIONAL MEETING OF EXPERTS – PROMOTING THE POLITICAL PROCESS

12.-13.12.2014 IN BERLIN

4. Die Verhinderung der Verlängerung des Fischereiabkommens der EU mit Marokko im Jahr 2017 durch frühzeitigen Beginn der entsprechenden Lobbyarbeit. Die Seegebiete der Westsahara müssen in dem Abkommen ausgeschlossen werden, wie dies im Abkommen zwischen Marokko und den USA der Fall ist.
5. Eine Kampagne zur Entmystifizierung Marokkos! Marokko ist kein Stabilitätsfaktor in Nordafrika, sondern fördert Drogenhandel und die Gefahr eines Krieges. Marokko besetzt die Westsahara völkerrechtswidrig und begeht massive Menschenrechtsverletzungen.

Die Unterstützung der Saharauis kann aus Sicht der Teilnehmer\*innen auf vielfältige Weise erfolgreich sein und verschiedene Zugänge sollten ausprobiert und ggf. multipliziert werden. Wissenschaftliche Forschung, kulturelle Aktivitäten und kritischer Tourismus können die Auseinandersetzung mit der Westsaharfrage in der Öffentlichkeit voranbringen. Die Jahrestage der Kongokonferenz (26. Februar 1885) und des Madrider Abkommens (14. Nov. 1975) sowie auch der Gründung der Demokratischen Arabischen Republik Sahara (27. Feb. 1976) bieten hierzu geeignete Anlässe.

Januar 2015



A. Haidar, S. Omar, G. Hilliges



S. Canton, A. Haidar, S.E. B. Mahi, M. Sidati